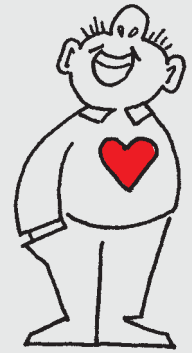


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

11, 12 / 2014

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2014 neigt sich dem Ende zu. Es war ein Superwahljahr mit Europawahlen, Kommunalwahlen und Landtagswahlen. Jetzt hat sich jeder eine friedliche und ruhige Weihnachtszeit verdient.

Die besinnlichen Tage im Kreis unserer Familien liegen vor uns.

Wir wünschen Ihnen ein schönes Weihnachtsfest. Kommen Sie gesund in das Jahr 2015.

Auch im kommenden Jahr sind Ihre Mitwirkung und Ihre Entscheidung für unsere Stadt gefragt.

Bis dahin verbleiben wir

Karsten Fedrich

Ortsvorsitzender DIE LINKE

Ingo Paeschke

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Ulrike Werschnick

Sprecherin AG Malxeblatt



Unser Bürgermeister- kandidat ist nominiert!

Am 19.11.2014 wurde Ingo Paeschke mit großer Mehrheit als Bürgermeisterkandidat der LINKEN nominiert.

In seiner Vorstellungsrede verwies er auf seine reichen Erfahrungen in der Kommunalpolitik. Seit 1994 ist Ingo Paeschke Stadtverordneter. In dieser Zeit hat er Höhen und Tiefen der Stadt erlebt, wie Schulschließung, Verkauf der Stadtwerke, sukzessiver Abriss der Innenstadt.

Gute Vorschläge wurden ignoriert oder abgelehnt.

Mit seiner Kandidatur macht er den Bürgern ein Angebot für eine andere Kommunalpolitik. Transparent und gemeinsam mit allen Bürgern sollen Entscheidungen getroffen werden.

Am 21.11.2014 fand ein Pressegespräch statt, bei dem sich Ingo Paeschke vorstellte und Fragen beantwortete.

Anke Schwarzenberg

»Bereit für Verantwortung«



Persönliche Daten

- 53 Jahre, geboren in Forst
- seit 28 Jahren verheiratet mit Ute, zwei erwachsene Töchter
- Berufssoldat, Diplomingenieur FH Radartechnik

- 1980 Abitur
- 1980 – 1983 Studium an der Offiziershochschule der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung der NVA in Kamenz
- 1983 – 1990 Offizier der NVA als Radaringenieur in Drewitz/Jänschwalde
- 1990 Übernahme in die Bundeswehr als Oberfeldwebel
- 1990 – 1995 in der Radarführungsabteilung in Döbern
- seit 1995 am Fliegerhorst Holzdorf/Schönwalde (Landkreis Elbe-Elster) tätig im Einsatzführungsdienst der Luftwaffe, aktuell als Stabsfeldwebel
- seit 2008 Personalratsvorsitzender
- Mitglied im Polzeisportverein Forst

Politische Biographie

- seit 1995 wieder in Forst wohnend und durch den Kampf um den Erhalt der

Grundschule in Eulo in Kontakt mit der Kommunalpolitik gekommen

- 1997 – 2000 Mitglied der SPD, seit 2003 Mitglied der LINKEN
- seit 1998 Stadtverordneter, bis 2000 für die SPD
- seit 2000 Mitglied der Fraktion der PDS und seit 2004 Fraktionsvorsitzender der PDS, heute »DIE LINKE«
- 2007 Bürgermeisterkandidat der LINKEN und in der Stichwahl dem aktuellen Amtsinhaber unterlegen
- seit 2006 Mitglied des Kreistages Spree-Neiße

Warum bewerbe ich mich zum zweiten Mal?

Forst ist meine Geburts- und Heimatstadt. Sie ist für mich mehr als nur die Stadt der Rosen, Rentner und Radfahrer.

► S. 2

Spruch des Monats

»An allem Unfug, der passiert, sind nicht nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.«

Erich Kästner



»Bereit für ...«

(Fortsetzung von Seite 1)

Ich habe in 34 Jahren als Berufssoldat und in sieben Jahren als Personalratsvorsitzender gelernt, Entscheidungen zu fällen und Mitarbeiterinteressen zu vertreten.

Viele Ideen und Ziele, die ich für unsere Stadt für wichtig halte, sind bisher nicht umgesetzt worden.

In der Opposition konnten wir den Verkauf der Stadtwerke, den fortschreitenden Abriss der Innenstadt und die Schließung von Grundschulen kommunalpolitisch nicht verhindern.

Einen weiteren Ausverkauf wird es mit mir nicht geben.

Als Bürgermeister sehe ich die Chance, hier im Interesse unserer Bürger eine andere Politik erfolgreich umzusetzen.

17 Jahre als Stadtverordneter und 9 Jahre als Kreistagsabgeordneter haben mich auf diese Aufgabe vorbereitet.

Als zeitweiliges Mitglied der Aufsichtsräte aller kommunalen Unternehmen unserer Stadt habe ich einen umfassenden Kenntnisstand der kommunalen Wirtschaft erhalten.

Probleme und Konzepte müssen mit den Menschen in Forst kommuniziert werden. Nur mit gesellschaftlicher Akzeptanz können schwierige Fragen bürgerlich gelöst werden.

Ingo Paeschke

Fragen, Fragen, Fragen

In Wahlkämpfen soll es um Inhalte gehen. Der Kopf ist deshalb wichtig, weil es darum geht, was an Ideen drinsteckt. Wenn Sie dies also interessiert, besuchen Sie meine Wahlveranstaltungen im Januar und Februar 2015. Schreiben Sie mir eine E-Mail oder hinterlassen Sie eine telefonische Anfrage in unserem Büro, E-Mail: paeschke.ingo@t-online.de, Tel. 78 52, zu den Öffnungszeiten unserer Geschäftsstelle (Dienstag und Donnerstag 9 bis 11 und 14 bis 17 Uhr). Schon im nächsten Malxeblatt würde ich gern Ihre Fragen beantworten.

Ihr Bürgermeisterkandidat
Ingo Paeschke

Staatsstreich der Wirtschaft gegen die Demokratie

CDU-Chefin Merkel und SPD-Chef Gabriel sagen ja zu beiden Verträgen

– Information aus der Bundestagsfraktion DIE LINKE, veröffentlicht in der Zeitung »Klar« –

CETA und TTIP sind zwei Handelsabkommen, die die EU mit Kanada und den USA schließen will. Diese beiden Abkürzungen stehen für zwei Geheimabkommen. Sie stellen die aktuell größte Gefahr für unsere Demokratie und unseren Alltag dar.

Gewählte Parlamente werden entmachtet, Arbeitnehmerrechte geschleift und bewährte Standards beim Umwelt- und Verbraucherschutz geschwächt.

Eine konzernfreundliche Schattenjustiz, sogenannte private Schiedsgerichte, sind geplant.

Treten diese Abkommen in Kraft, drohen umfangreiche Veränderungen, hier ein paar Beispiele:

► Ihr Trinkwasser:

... könnte in Zukunft teurer und schlechter werden, denn wegen TTIP und CETA droht die stärkere Privatisierung der Wasserversorgung und damit auch eine Verschlechterung der Wasserqualität.

► Ihre Umwelt:

... könnte demnächst mit Chemikalien verseucht sein, denn auch in Deutschland droht der Einsatz der umweltschädlichen Gas- und Ölfördermethode Fracking. Bei dieser werden tonnenweise Chemikalien ins Erdreich gepresst.

► Ihr Sparguthaben:

... könnte sich bald in einer nächsten Finanzkrise in Luft auflösen, denn TTIP und CETA werden eine umfassende Bankenregulierung wohl eher unmöglich machen, können selbst die bestehenden minimalen Schutzmechanismen aushebeln.

• Ihre Kosmetik:

... könnte bald mehr gesundheitsgefährdende Chemikalien enthalten. Im schlimmsten Fall müsste nicht mehr so vorsorgend wie bisher die Unbedenklichkeit von Chemikalien nachgewiesen werden. Für den Verbraucher kann es gefährlicher und für die Industrie billiger wer-

den, denn diese kann auf kostenintensive Tests verzichten.

► Ihr kommunales Krankenhaus:

... könnte demnächst schließen, denn dank CETA und TTIP könnten zukünftig Zahlungen von Kommunen an kommunale Krankenhäuser von privaten Klinikkonzernen als Wettbewerbsverzerrung interpretiert und vor Schiedsgerichte gebracht werden.

► Ihre Kommune:

... könnte wegen kommunaler Entscheidungen bald vor ein Schiedsgericht landen. Etwa dann, wenn sie die Anzahl der Gewerbeansiedlungen beschränkt oder Maßnahmen zum Mieterschutz ergreift. Gefällt so eine Entscheidung einem Konzern nicht, kann er demnächst dagegen vor den Schiedsgericht klagen. Die Kosten zahlt die Kommune.

► Ihre Schule:

... könnte demnächst privatisiert werden, denn so gut wie alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen privaten Investoren geöffnet werden, also auch Verkehr, Bildung und Gesundheit.

► Ihr Abgeordneter:

... könnte demnächst noch weniger zu sagen haben, vor allem dann, wenn er Gesetze beschließen will, die Sie persönlich

schützen, aber Konzernen schaden. Dank TTIP und CETA werden Unternehmen künftig vor privaten geheimen Schiedsgerichten gegen unzählige politische Entscheidungen klagen können, die den Profit gefährden – egal, ob Gesetze zur Finanzmarktregulierung, zum Umwelt- oder Verbraucherschutz.

► Ihre Natur:

... könnte bald Gentechnik, Pestizide und Wachstumshormone enthalten. Der Grund: Verbraucherschützende Herstellungsmethoden, Hygiene- und Sicherheitsvorschriften sowie Kennzeichnungspflicht gelten als Handelshemmnisse und sollen abgeschafft oder verringert werden

Und so kann man sich wehren!

Noch ist es nicht zu spät – noch hat kein Parlament entschieden.

Derzeit sammeln 250 Organisationen aus 22 Mitgliedsstaaten Unterschriften, um CETA und TTIP zu stoppen.

Innerhalb eines Jahres sollen mindestens 1 Million Unterschriften gesammelt werden. Schon zwei Tage nach Start der Unterschriftenaktion unterzeichneten mehr als 400 000 Menschen.

Unterschreiben Sie! Informieren Sie Ihre Freunde und Ihre Bekannten.

Online unterschreiben kann man unter anderem hier: www.stop-ttip.org/de

Abwassersatzung durchgefallen

In der Sitzung der SVV wurde der Beschlussantrag des Bürgermeisters für eine neue Abwasserbeitragsatzung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nur die Fraktion der SPD unterstützte den Antrag auf Erhebung von Altanschießerbeiträgen. Der Beschluss wurde ohne Diskussion gefasst, nachdem im Hauptausschuss sich bereits eine deutliche Mehrheit gegen das Kon-

zept abgezeichnet hatte. – Unsere Fraktion wird **am Dienstag, dem 13. Januar**, im Kompetenzzentrum eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger anbieten, um über die rechtliche Situation zu informieren. Bis Ende 2015 muss es rechtssichere Satzungen zur Abwasserentsorgung geben. Dies verlangt ein Landesgesetz.

Fraktion DIE LINKE in der SVV

Kein Wahlkampf

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember wurde vom Wahlkampf überschattet. So jedenfalls sah es die Redakteurin der Lausitzer Rundschau.

Als Vorsitzender unserer Fraktion hatte ich auf die Rede des Bürgermeisters geantwortet und dabei zum wiederholten Mal deutlich gemacht, dass wir eine gänzlich andere Vorstellung von Stadtumbau haben als er. Gleichzeitig stellte ich auch klar, dass die Verantwortung für das Bild am Markt beim Bürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung liegt. In diesem Gremium wurde gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen, die gesamte Wohnbebauung abzureißen. Als wir vor zwei Jahren dem damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister Dr. Helmut Markow die Situation unserer Innenstadt zeigten, teilte er uns später mit, dass Forst einerseits reichlich Mittel für den Abriss von Gebäuden, aber kein Geld für den Umbau beantragt hat. Unser Ziel war es immer, Wohnbebauung am Markt zu erhalten. Der Teilrückbau und die Umgestaltung von einzelnen Blöcken wären also möglich gewesen.

Wir haben immer zugegeben, dass es ohne Abriss nicht gehen wird, aber ausschließlich Abriss in der Innenstadt für uns keine Lösung darstellt.

Viele Städte in Ostdeutschland mit ähnlichen Problemen haben den Stadtumbau erfolgreicher praktiziert als wir. In Forst jedoch wird nur abgerissen. Der Ankauf der insolventen Forster Wohnungsbaugenossenschaft durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft war ein schwieriger, aber auch notwendiger Akt. Unsere Fraktion hat diese Entscheidung mitgetragen. Wir taten dies in der Erwartung, dass damit auch eine neue Chance zur Gestaltung ermöglicht wird. Wenn daraus dann Obstplantagen und ein Teich werden, entspricht dies nicht unseren Vorstellungen von einem Stadtzentrum. Diese Meinung vertreten wir seit vielen Jahren unabhängig von Wahlterminen.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt können Veränderungen natürlich auch durch Wahlentscheidungen beeinflussen. Im Mai dieses Jahres haben sie dies nicht getan. Gestärkt wurde in der Stadtverordnetenversammlung die CDU. Eine Fraktion, die das Teich- und Obstplantagenkonzept immer unterstützt hat und deren Bürgermeisterkandidat nun plötzlich das Thema Wohnbebauung am



Markt entdeckt. Fatal ist dies vor allem, weil es nach dem Abriss sehr schwierig ist, für eine Neubebauung Fördermittel vom Land zu erhalten. Nur wenn dies gelingt, können dort bezahlbare Wohnungen für unsere Bürger entstehen. Wir werden uns dafür einsetzen. **Ingo Paeschke**
Fraktionsvorsitzender

Nachdem am 3. Dezember 1989 Egon Krenz mit dem kompletten Politbüro der SED zurücktrat, kamen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 über 2700 Delegierte der damals noch existierenden SED zu einem Außerordentlichen Parteitag in Berlin zusammen. Die Krise der DDR und der SED waren der entscheidende Grund dafür, dass die Mitglieder der SED diesen Parteitag erzwangen. Die Frage Auflösung der Partei oder Neugründung und Neubeginn stand zur Diskussion.

Was bis heute in der Erinnerung an diesen Parteitag eine große Rolle spielt, ist die Rede von Michael Schumann – zur damaligen Zeit Professor an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften.

Unter dem Titel: »Wir brechen unwiderprüflich mit dem Stalinismus als System« erfolgte ein erster Versuch der Analyse zu den Ursachen der Krise des Landes und der Verantwortung der SED für diese. Eine solche kritische Analyse war unabdingbar, um zu notwendigen Schlussfolgerungen für die radikale Erneuerung unserer Partei zu gelangen.

Auszug aus der Rede:

»Uns allen hier im Saal – dem einen früher, dem anderen später – ist bewusst geworden, dass für diese Krise unseres Landes und unserer Partei die Mitglieder einer inzwischen hinweggefegten Parteiführung die persönliche Verantwortung tragen. Erich Honecker und sein Politbüro konnten vor allem deshalb einen derarti-

Was geschah vor 25 Jahren ...

gen Schaden anrichten, weil ein Geflecht von Strukturen allgegenwärtiger Apparate und ein Rechtfertigungs-ideologie einen derartigen Machtmissbrauch ermöglichten bzw. absegneten.«

Im weiteren Text geht es um die Fragen, was ist Stalinismus, wie konnte er entstehen, worin liegen die Ursachen.

Der Text spannt inhaltlich einen zeitlichen Bogen von der Oktoberrevolution 1917 bis in die damalige Gegenwart (1989).

Er wies auf die Entwicklung des Sozialismus in der DDR hin und damit auch darauf, wie sich ein bürokratisch-zentralistisches Regime entwickelte, dessen Hauptkennzeichen Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich die diktatorische Herrschaft waren, wodurch die humanistischen und demokratischen Werte des Sozialismus ins Gegenteil verkehrt wurden. Gleichzeitig warnte der Text aber auch vor der Gefahr, ein undifferenziertes Bild der Vergangenheit aufzuzeigen.

»Die Abrechnung mit dem Stalinismus ist

Teil übergreifender Fragen, und diese lauten: Was hat der frühe Sozialismus vermocht? Was hat ihn in eine Sackgasse geführt? Welchen Schaden hat der Sozialismus als Bewegung und als gesellschaftliche Praxis durch den Stalinismus erlitten?

... Die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich allzeit guten Glaubens mit Herz und Hand für den Sozialismus auf deutschen Boden eingesetzt haben, brauchen Gewissheit, dass sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben.«

Im Ergebnis dieses außerordentlichen Parteitages entstand die SED/PDS, deren Mitglieder sich im Jahr 2008 mit linken Kräften aus den alten Bundesländern zusammenschlossen und die Partei DIE LINKE gründeten.

Insofern kann man sagen, ohne diesen außerordentlichen Parteitag würde es heute unsere Partei DIE LINKE nicht geben.

Anke Schwarzenberg

Die Wahl Bodo Ramelows ist ein historisches Ereignis und eine Chance

Bodo Ramelow wurde am 5. Dezember im zweiten Wahlgang im Thüringer Landtag zum ersten LINKEN Ministerpräsidenten der Bundesrepublik gewählt. Gregor Gysi verfolgte die Wahl vor Ort und spricht von einem »Durchbruch, was das politische Klima betrifft.« SPD, Grüne und DIE LINKE sind diesen großen Schritt zu Dritt gegangen, würdigt Gysi im Kurzinterview.

Antwort auf Bürgeranfrage zum Betreiberwechsel von Neißeverkehr zu DB Regio Bus Ost



Vor kurzer Zeit erreichten mich mehrere Anfragen zum Betreiberwechsel von Neißeverkehr zu DB Regio Bus Ost, insbesondere ob und wie in Wiesengrund das Rufbus-

angebot wie z.B. der »GahryFlex« weiterhin angeboten wird. Ich habe daraufhin eine Anfrage beim Landrat des Landkreises Spree-Neiße gestellt. Da die Antwort auch andere Bürger interessiert, möchte ich sie auf diesem Weg kurzgefasst veröffentlichen. Es ist richtig, dass es zum 01.01.2015 einen neuen Betreiber des Öffentlichen

Personennahverkehrs (ÖPNV) geben wird. Der Wechsel findet vom bisherigen Betreiber Neißeverkehr zum DB Regio Bus Ost statt. Selbstverständlich wird die Gemeinde Wiesengrund mit allen ihren Ortsteilen weiterhin vom ÖPNV versorgt. Dass diese Versorgung weiterhin aufrechterhalten wird, war ein Kriterium im Vergabeverfahren. Es ergibt sich für die Gemeinde Wiesengrund sogar eine Verbesserung auf den betreffenden Verkehrsachsen Cottbus <-> Forst und Cottbus <-> Döbern. Vor allem von Cottbus <-> Forst werden von Montag bis Freitag künftig wieder 8 Fahrten je Tag und Richtung angeboten. Das Rufbus-Angebot »GahryFlex« bleibt von Montag bis Freitag mit der gleichen

Fahrtenanzahl wie bisher erhalten. Zusätzlich wird es aber ab 01.01.2015 ein Wochenendangebot geben. An Samstagen, Sonn- und Feiertagen wird es jeweils zwei Fahrten je Richtung geben. Das ist völlig neu. Ob die Flex-Bus-Linien von einem Subunternehmen, wie bisher, oder von DB Regio Bus Ost selbst betrieben werden, obliegt der Planung des Unternehmens selbst. Darauf hat weder der Landkreis Spree-Neiße noch die Gemeinde Wiesengrund Einfluss. In der Summe heißt es, dass sich das ÖPNV-Angebot für die Gemeinde Wiesengrund spürbar quantitativ wie auch qualitativ verbessern wird.

*Uwe Neuer
Gemeindevorsteher Wiesengrund*

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Di., 20.01.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**

Mo., 26.01.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**

Joachim Gauck fällt es schwer, einen linken Regierungschef zu akzeptieren? Seltsam. Vor 1989 ist ihm das doch über weite Strecken einwandfrei gelungen. *Patrick Fischer*

Geburtstag

07.12.: 91 Jahre Johanna Eitner

07.12.: 72 Jahre Dietrich Richter

12.01.: 90 Jahre Alfons Zwick

24.01.: 88 Jahre Helga Rubin

07.02.: 73 Jahre Christa Kannenberg

10.02.: 81 Jahre Ingeborg Jarmusch

Herzlichen Glückwunsch, unserer Jubilarin, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Gleiche Pflicht für alle?

Die Mehrheit der Deutschen befürwortet das Handelsabkommen TTIP. Nachdem die Bundesregierung von den Gegnern des Freihandelsabkommens gefordert hatte, zunächst einmal den endgültigen Vertragstext abzuwarten, bevor sie darüber urteilen, darf man nun gespannt sein, ob sie den Befürwortern gleiches abverlangen wird. *MK*

Mauer im Kopf

Frage von Joachim Gauck: Ist die Linkspartei schon bereit dafür, in einem ostdeutschen Land den Minister zu stellen? Gegenfrage: Ist Gauck schon bereit für eine Gesellschaft mit demokratischen Wahlen? *Erik Wenk*

Soli-Wirrwarr in der Koalition

»Die Kanzlerin sagt ‚Hü‘ in ihrer Videobotschaft, ihr Finanzminister ‚Hott‘ zum Soli. Ja, was denn nun?« – das fragt Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion die LINKE. Bartsch weiter: »Das Durcheinander, ja der Wirrwarr in der Großen Koalition ist nicht hinnehmbar. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, was verhandelt wird. Die Position der LINKEN ist klar: Den Soli erhalten für strukturschwache Gebiete in Ost und West.« *06.12.2014*

Altersintoleranz

Aus »Eulenspiegel« Nr. 12/14

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.